

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 5 Mark. Einzelne Nummern 20 Pfennig.
Verlagspreis: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einbezug 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragliche Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsgüter und der Landesfahrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabzählung der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 286

Dresden, Dienstag, 11. Dezember

1923

Nach den englischen Wahlen.

Von Dr. Rudolf Veitshelb,
Mitglied des Reichstags.

Die wahren Absichten, die der englische Premierminister Baldwin mit der Auflösung des Parlaments verfolgte, sind bis zur Stunde noch immer in Dunkel gehüllt. Ist es ihm wirklich um den Schutz der Nation zu tun gewesen? Dann war es eine unverständliche und unverzeihliche Torheit, dieses Problem, ohne daß eine eingehende Diskussion vorausgegangen wäre, als Wahlparole in die Wahlen zu werfen. Wollte er seine auswärtige Politik, die in der letzten Zeit eine Wendung zu energischerem Verhalten gegenüber Frankreich zu nehmen begann, durch die Wähler bestätigen und rechtfertigen lassen? Dann war es jedenfalls gänzlich verfehlt, den Kampf unter der Fahne des Protektionismus zu führen, denn es lag auf der Hand, daß, selbst wenn sich die Konservativen in diesem Zeichen fester zusammengeschlossen hätten, der Freihandel die getrennten liberalen Gruppen wieder vereinigen und stärken mußte, und daß der Arbeiterpartei die Ankündigung einer neuen Besteuerung der Lebenshaltung zum mindesten nicht abträglich sein konnte. Wollte der konservative Führer durch die plötzliche Ausschreibung der Neuwahlen die über geringe Kampffonds verfügende Arbeiterpartei überwinden? Dann hat er die Stimmung unter den englischen Proletariats sehr falsch eingeschätzt und vor allem den Enthusiasmus außer Acht gelassen, mit dem sie den Mangel an Geld durch opferwillige freiwillige Hilfsarbeit ersetzen. Auf jeden Fall hat Baldwin mit seiner Partei eine schwere Niederlage erlitten. Er hat 40 Sitze an die Labour Party und 63 an die Liberalen verloren, während er im ganzen nur 17 gewann. Die Labour Party vermehrte ihre Mandate von 144 auf 197, die Liberalen hingegen von 115 auf 149, während die Konservativen von 345 auf 252 zurückgingen und damit ihre absolute Mehrheit einbüßten.

Mit einigem Schmerz wird Baldwin feststellen, daß er sein Risiko zum Teil gegen den eigenen Lager zu verhandelt hat. Nicht sowohl den konservativen Freihändlern, die immerhin der Partei treu blieben, als den Zeitungsherrn Lord Rothermere und Lord Beaverbrook, die in ihren Organen, der „Daily Mail“, dem „Daily Express“, einigen Abendblättern und weitverbreiteten Wochenzeitschriften, der Politik des Premierministers entgegenarbeiteten. Sie laten so, als hätten sie die Notwendigkeit erachtet, dem Freihandel noch einmal eine Chance zu geben, aber in Wirklichkeit waren sie darauf aus, eine sichere Mehrheit der Konservativen sowohl wie der Liberalen zu verhindern, um so die Möglichkeit einer bürgerlich-kapitalistischen Koalition zu schaffen, die ihre Spitze gegen die Arbeiterpartei richten sollte. Ihr Mandat war um so leichter zu durchschauen, als sie, unmittelbar vor den Wahlen, Lloyd George mit einigen der konservativen Minister in dem früheren Koalitionskabinett zusammengedrückt hatten und im Verlauf der Campaign selbst immer wieder zur Unterstützung derjenigen Kandidaten aufforderten, die die meisten Aussichten gegenüber den Arbeitern hätten. Die Zeitungsherrn haben somit das Verdienst, den Gedanken des Klassenkampfes recht deutlich herausgearbeitet und dadurch zur Klärung der politischen Situation beigetragen zu haben. Ihr Ziel, keine feste Mehrheit zustande kommen zu lassen, ist erreicht, und nur insofern haben sie eine starke Enttäuschung erfahren, als das gewaltige Anwachsen der Arbeiterstimmen nicht in ihrer Rechnung stand.

Was vergangenheitsmäßig die Mandatverteilung der Labour Party in den letzten 20 Jahren. Bei den Wahlen von 1900 erhielt sie 2 Sitze, 1906 — 29, Januar 1910 — 40, Dezember 1911 — 42, 1918 — 57, 1922 — 142 und 1923 — 197. Ihr Aufstieg ist nicht aufzuhalten, und mit den Wahlen dieses Jahres, bei denen die Verhältnisse besonders günstig für die Liberalen lagen, ist der Beweis erbracht, daß sie die eine der beiden bürgerlichen Parteien zu verdrängen bestimmt ist. Wenn nicht alles trägt, wird England im Laufe der Zeit zu dem Zweiparteiensystem zurückkehren, nur mit dem Unterschied, daß dann eine bürgerliche Gruppe mit einer sozialistischen um die Herrschaft ringt. Damit ist aber auch die Kritik der Arbeiterpartei für den gegenwärtigen Augenblick

gegeben. Keine der drei Parteien besitzt eine Mehrheit, und da Liberale und Labour Party die Konservativen aus ihrer Macht verdrängt haben, läge an sich eine Koalition dieser beiden nahe. In unglücklichen liberalen Kreisen wird dieser Gedanke auch propagiert. Doch das Organ der Arbeiter, der „Daily Herald“, erklärt, daß weder die Führer noch die Masse der Parteigenossen auf diese Anregung hören wollen. Was auch die Alternative sein mag — selbst wenn sie in einer Verwirklichung des Beaverbrook-Rothermere-Planes zur Wiederbelebung der Lloyd George-Koalition bestünde — sie muß von und jeder Vereinigung mit Männern vorgezogen werden, denen zu misstrauen wie allen Grund haben. Zwischen dem offiziellen Liberalismus und der Labour Party bilden die auswärtigen Angelegenheiten eine ebenso tiefe Kluft wie die innere Politik. Wenn man die berechtigten Hoffnungen hegen darf, in absehbarer Zeit zur stärksten Partei zu werden, ist es falsch, sich mit einer absterbenden Gruppe zu verbinden und sich mit Persönlichkeiten von zweifelhafter politischer Vergangenheit zu belasten. In einem Lande, wo das Zweiparteiensystem Tradition ist, steht die Frage der Koalition mit Bürgerlichen anders als in einem Lande mit einer Mehrheit von politischen Gruppen. Dazu kommt dann noch in diesem besonderen Falle, daß ein neues Zusammengehen der Lloyd George-Leute mit den Konservativen bei den „Right-Liberals“ auf starken Widerspruch stoßen und damit auch nur die Aussichten der Labour Party verbessern wird.

Solche Erwägungen werden, gemeinsam mit dem Umstand, daß die engeren Anhänger Lloyd Georges, im Gegensatz zu denen „Right“, bei den Wahlen ebenso spaltend geschlagen worden sind, wie die Konservativen, das Zustandekommen der bürgerlichen Koalition erschweren, und möglicherweise werden die Konservativen unter Baldwin oder irgend einem anderen Führer die Geschäfte einweisen mit stillschweigender Duldung der anderen

bürgerlichen Partei weiterführen. Das aber würde bedeuten, daß die britische Politik, besonders nach außen hin, keine besondere Stärke zeigen kann, woraus für Deutschland folgt, daß es ein verhängnisvoller Irrtum wäre, neue Hoffnungen auf eine Unterstützung von Seiten Englands gegen Frankreich zu setzen.

Bleibt Baldwin im Amt?

London, 11. Dezember.

Der König empfing heute den Premierminister Baldwin in einer Audienz, die 40 Minuten dauerte. Unter den zahlreichen Persönlichkeiten, die heute vorstapften, befanden sich Lord Curzon, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Mac Kell, Keulle, Chamberlain und Washington Evans. Keuter erzählt, in maßgebenden konservativen Kreisen herrsche jetzt die Ansicht vor, daß Baldwin nicht zurücktreten, sondern sein Amt weiterführen und vor das Parlament treten werde. Es sei keineswegs sicher, daß er, wenn er vor das Parlament trete, sich in der Minderheit sehen werde. Denn es seien, wie verlautet, Schritte unternommen worden, um die Ansichten der Liberalen kennen zu lernen, und die Regierung habe jetzt die Meinung, daß von den Liberalen keine unnötige Opposition getrieben werde.

Die Parlamentswahlen der Londoner Universität.

London, 11. Dezember.

Keuter meldet: Bei der Parlamentswahl der Londoner Universität wurde der Kandidat Russell-Beils mit 4037 Stimmen gewählt. Der historische Pollard erhielt 2593, der berühmte Schriftsteller Wells 1490 Stimmen. Der Stand der Parteien ist zurzeit folgender: Konservative 256, Arbeiterpartei 189, Liberale 157, Unabhängige 8.

Macdonald gegen das Ruhrunternehmen.

Paris, 10. Dezember.

Macdonald, der Führer der englischen Arbeiterpartei, erklärte dem Sonderberichterstatter des „Matin“, er könne nicht verschweigen, daß augenblicklich das englische Volk Frankreich gegenüber nicht günstig gesinnt sei. Es wäre eine Kleinigkeit, die öffentliche Meinung in Großbritannien gegen Frankreich aufzubringen. Er wünsche, daß die führenden Politiker Frankreichs sich davon überzeugen, daß Frankreich durch freundschaftliche Verhandlungen einen Versuch machen müsse, zu einem Einverständnis zu gelangen. Die Frage, die in kürzester Zeit gestellt werden würde, sei die der französischen Schuld gegenüber Großbritannien. Alle französischen Statistiken zeigten, daß Frankreich gebete. Das englische Volk frage sich deshalb, warum es nicht bezahle, was es schuldig sei, da die Engländer doch ihre Schuld bei den Vereinigten Staaten begleichen. Frankreich könne sich rühmen, keine Arbeitslosen zu haben; es scheine aber, daß es sich nicht Rechenschaft davon ablege, daß England nicht so glücklich sei.

In England glaubt man, daß Frankreich kein offenes Spiel treibe, daß es eine als egoistisch empfundene Politik verfolge. Gewisse Nebenpolitiker hätten den schlechtesten Eindruck auf das englische Volk gemacht. Es gebe kein Volk auf der Welt, mit dem man so sehr verbunden bleiben könne, wenn man mit ihm nicht einig ist. Nach Ansicht der englischen Arbeiter sei das Ruhrunternehmen Frankreichs vollkommen unannehmbar. Wenn Frankreich die Entente aufrechterhalten wolle, müsse es England einen Schritt entgegenkommen.

Die demaskierten Münchener Mitverschworenen.

Zum Hochverrat der Hitler, Ludendorff, Mohr und Löffow.

München, 10. Dezember.

Nachdem seit dem 9. November eine Unmenge von Flugblättern aus dem Lager der flüchtigen Putschisten und außerdem eine Reihe von Zeitungsartikeln sich um eine

Klärung der Vorgänge in der Münchener Putschnacht

bemüht haben, versucht es nun der Rechtsbeistand der verhafteten Verschwörer Hitler, Poehner, Fried mit einer spaltenlangen Verteidigungsschrift, die er an die Redaktionen der Münchener Zeitungen schickte. Entsprechend der Zuschrift wurde diese Darstellung dem Generalkommissar vorgelegt und dieser schickte sich bewegen, „in diesem besonderen Fall“ dem Gesuch um Veröffentlichung zuzugeben; unter der Bedingung, daß gleichzeitig auch seine Antwort auf die Schilderung seiner Gegner, die sich bekanntlich nur im Tempo von ihm unterbreiten haben, mit abgedruckt wird.

Beide Darstellungen bringen nichts wesentlich Neues, führen vor allem nicht auf, was in der Zeit zwischen 11 und 1 Uhr nachts bei Mohr und seiner Umgebung vor sich gegangen ist, verflärten aber den Eindruck, daß Hitler und seine Freunde die in der Morgenstunde der Putschnacht des Glanzes waren und sein müßten, daß Mohr, Löffow und Keuter tren an ihrer Seite hätten.

Im einzelnen beginnt die Darstellung mit der Feststellung Hitlers, daß er bei jener berühmten Vorgesprächung am 6. November tatsächlich nicht bei Mohr gewesen ist. Daß Herr v. Mohr demgegenüber in der ersten Pressekonferenz vom 10. November ausdrücklich die Anwesenheit Hitlers feststellen konnte, beruht jedenfalls recht merkwürdig.

Interessanter sind auch die Beziehungen Hitlers mit Löffow und Keuter vor dem 8. November. Die Hitler vollkommen

davon überzeugt hatten, daß diese Herren selbst zum Zuschlagen bereit seien und mit nach Berlin marschieren würden. Der Plan wurde auch in einzelnen Leisungen und schließlich, der Wurz einer deutschen nationalen Regierung in Bayern, die Verdrängung der Armer und die Art des militärischen Vorgehens sind genau erörtert worden.

Interesse erregt auch die unwidersprechende Mitteilung Hitlers, daß Keuter damals nach Berlin zu General v. Seeck gefahren ist und dort: Abmachungen getroffen hat, die den verabredeten Putschplänen widersprechen.

Besonders lebendig schildert Hitler, wie nach dem Überfall die Herren Mohr, Löffow, Keuter für den Staatsbreich gewonnen

wurden. „Am ersten“, so heißt es, „entschied sich Herr v. Löffow, dem Beispiel St. Erzelens, Ludendorff zu folgen.“

Erzähler Ludendorff hatte ihn angesprochen: „Wohin Löffow, um Sie mit und schlagen Sie ein in meine Hand!“ Und v. Löffow richtete sich soldatisch brav an. „Nun in Aug haben sich die beiden Generale gegenüber und v. Löffow schlug ein in die Hand Ludendorffs. v. Keuter nicht minder bereit und nicht minder eifrig überzeugt, brachte von selbst Ludendorff die Hand entgegen zur Siegelung des „Ehrlichstes zurechtgemeinsamen Arbeit“ v. Mohr stand allein noch abseits und zeigte sich sehr erregt, daß er von Hitler mitten in seiner antimaximalistischen Programmrede gehört worden sei. Aber Hitler drang in ihn, holte ihn dann mit jubelndem Beifall aus der unter Nachschneidern gehaltenen Versammlung herbei und erklärte nun

erlich überzeugt und ergriffen: „Nun gut, ich bin bereit, aber nur unter der Bedingung: Wir werden doch hier alle als Mannschaften. Ich werde das Amt eines Landesverweisers nur übernehmen als Statthalter St. Reichs des Königs.“

Hitler beruhigte auch diese Bedenken mit den Worten: „Erzählen, ich will vor allem das Unrecht wieder gutmachen, das vor 5 Jahren eine Horde gemeiner Verbrecher am hochheiligen Vater St. Reichs des Königs verübt hat.“

Die Nichtigstellung dieser temperamentvollen Darstellung will Herr v. Mohr der Prüfung durch das Strafverfahren vorbehalten. Dabei sollte es zum mindesten auch möglich sein, die immer noch dunkle Funkspruch-Angelegenheit Mohrs in der Putschnacht vollständig aufzuklären. In diesem angeblichen „Kreistelegramm an die bayerischen Regierungspräsidenten“ liegt zweifellos mit der Schlüssel zur Aufhellung der nach wie vor dunklen Ereignisse.

Berlängerung der Beamten dienstzeit.

München, 10. Dezember.

Eine Bekanntmachung kaiserlicher Staatsministerien an die Beamtenschaft erklärt, daß die außerordentliche Kollage der öffentlichen Finanzen zum Abbau des Beamten- und Angestelltenkörpers zwingt. Da der Aufgabenkreis der Behörden nicht sofort vermindert werden könne, müsse zunächst die Arbeitsleistung der Beamten- und Angestellten soweit als möglich gesteigert werden. Die 49stündige Wochenarbeitszeit könne nurmehr eine Minderdienstzeit darstellen. Die Beamten werden verpflichtet, über die festgesetzten Dienststunden hinaus zu arbeiten, ohne eine besondere Entschädigung dafür zu erhalten. Über 54 Stunden soll sich die Arbeitszeit im allgemeinen nicht erstrecken. Die strenge Durchführung dieser Grundsatze wurde den Vorständen und Behörden zur Pflicht gemacht.

Das Ermächtigungsgesetz.

München, 10. Dezember.

Das Plenum des Landtags wird wahrscheinlich in der nächsten Woche einberufen werden, um das Ermächtigungsgesetz nach der Weihnacht zu erledigen.